

Allgemeiner Anzeiger

Nachrichten für das märkische Sauerland

Gegründet 1901

Bezugsgebühren:
2,70 DM einschließlich Zustellgebühren
Postbezug: 2,30 DM zuzügl. Zustellgebühren
Bestellungen
bei der Geschäftsstelle und den Boten

Anzeigenpreise:
Grundpreis 0,15 DM
Amtl. Bekanntmachungen . . . 0,10 DM
Stellengefühe 0,10 DM
— Anzeigenpreisliste Nr. 2 —

Nr. 189

Halver, Dienstag, den 15. August

1950

Vorschläge der Londoner Studienkommission

Klare Trennung von Politik und Militär

Revision des Besatzungsstatuts soll Westdeutschland volle Souveränität bringen

dl. Bonn, 15. August

Auf eine klare Trennung von Politik und Militär gehen die Vorschläge der Studienkommission zur Vorbereitung der Revision des Besatzungsstatuts hinaus. Die politische und administrative Stellung der Hohen Kommissare in der Bundesrepublik soll danach weitgehend abgebaut werden. Es ist sogar daran gedacht, die bisherigen Hohen Kommissare zu Botschaftern zu machen und ihnen das allgemeine Veto- und Gesetzgebungsrecht nicht mehr vorzubehalten.

Dies würde bedeuten, daß der deutschen Regierung vom Zeitpunkt der Revision des Statuts ab volle Souveränitätsbefugnisse zuerkannt würden, also nicht nur auf dem Gebiet der Außenpolitik. Man erkennt auf alliierter Seite an, daß der Zeitpunkt gekommen ist, Regierung und Parlament der Bundesrepublik auch auf gesetzgeberischem Gebiet die Alleinverantwortung zu übertragen, nachdem sich erwiesen hat, daß sie dieses Vertrauens würdig sind.

Schwieriger liegen die Dinge auf besatzungsrechtlichem Gebiet, da man offenbar nicht geneigt ist, den Grundsatz der Besatzung zu revidieren, nachdem hiermit in Korea schlechte Erfahrungen gemacht wurden. In London vertritt man, wie übrigens auch in Paris und Washington, die Auffassung, daß die Notwendigkeit des Besatzungsregimes „durch die von der Sowjetunion erzwungenen Teilung Deutschlands anerkannt werden muß“.

Eine andere Frage ist, ob sich die drei Westmächte auf eine Formel einigen, die zwar das Besatzungsregime in seinen rein militärischen Funktionen bestehen läßt, ihm aber eine andere Rechtsstellung in seinen Beziehungen zur Bundesregierung zuerkennt, die mehr den veränderten Verhältnissen Rechnung trägt. Diese Frage ist deshalb besonders schwer zu lösen, weil jede Aenderung der militärischen Bestimmungen des Besatzungsregimes notwendigerweise auch finanzielle Auswirkungen haben muß.

Nach den in Bonn vorliegenden Informationen ist an eine wesentliche Senkung der rein militärischen Besatzungskosten nicht gedacht. Durch

den Fortfall der alliierten Zivilverwaltung würden aber trotzdem erhebliche Ersparnisse eintreten, die der Bundesrepublik voll zu Gute kommen würden.

Indischer Vermittlungsvorschlag

Sicherheitsrat vertagte sich wieder

dmt. New York, 15. August

Die Sitzung des Sicherheitsrates war wieder gekennzeichnet von starken Angriffen gegen den

sowjetrussischen Ratsvorsitzenden Malik, dem vor allem vom norwegischen Delegierten Sunde und dem französischen Delegierten Schovel Mißbrauch des Sicherheitsrates für Propagandazwecke vorgeworfen wurde. Der indische Delegierte Sir Denegal Rau machte einen Vermittlungsvorschlag, der die Bildung eines Ausschusses der sechs nichtständigen Ratsmitglieder zur Lösung des Korea-Problems vorsieht. Dieser Ausschuss sollte alle Vorschläge für die Beilegung des Korea-Konfliktes prüfen und dann eine Empfehlung an den Sicherheitsrat richten. Die Sitzung wurde schließlich auf Donnerstag vertagt.

Ministerratschluß wird ablehnen

dmt. Dublin, 14. August

Der von Straßburg nach Dublin zurückgekehrte irische Außenminister Mac Bried, der im Ministerratschluß den Vorsitz führte, erklärte, daß der Ministerratschluß voraussichtlich die von der Beratenden Versammlung angenommene Entschließung zur Bildung einer europäischen Armee ablehnen werde.

Gegenangriffe an allen Fronten

Unterwasserbrücken erleichtern Flußübergang der Kommunisten

dmt. Tokio, 14. August

Die große Offensive der Nordkoreaner in Richtung auf Taiku hat noch nicht begonnen. Die UNO-Truppen griffen an allen drei Fronten an.

Im östlichen Teil der Front versuchen die UNO-Streitkräfte, die Nordkoreaner aus der

Hafenstadt Pohang herauszudrücken, die von ihnen durch Ueberraschungsangriff vor einigen Tagen genommen war. Entgegen letzten Berichten soll sich der Flugplatz noch in amerikanischer Hand befinden. Nördlich der Stadt sind südkoreanische Verbände auf halbem Wege zwischen Pohang und Jongdok von den Nordkoreanern eingekesselt worden. Sie hätten allen konzentrischen Angriffen tapfer stand.

An der Mittelfront kam es bei Tschonqjanq zu erbitterten Kämpfen zwischen den Nordkoreanern, die hier auf dem Ostufer des Nakdong ihren stärksten Brückenkopf haben, und angreifenden Amerikanern, die gegen starken Widerstand der rund 12.000 Nordkoreaner etwa einen Kilometer vorwärts kamen.

65 Kilometer nördlich davon konnte im Morgenrauen eine nordkoreanische Kampfgruppe von 800 Mann, die mit Panzerunterstützung auf einer Unterwasserbrücke den Nakdong überquert hatte, durch das rechtzeitige Eingreifen einer amerikanischen Reservegruppe von drei Seiten eingeschlossen und fast vollständig aufgerieben werden. Etwa 40.000 koreanische Flüchtlinge, denen durch die Kämpfe an der Nakdongfront der Fluchtweg abgeschnitten wurde, befinden sich wegen Lebensmittelmangels in einer verzweifelt Situation. Sie leben vielfach von gekochtem Gras. Tausende von Kindern sollen dem Tode nahe sein.

Im äußersten Süden der Front stießen die UNO-Truppen 20 Kilometer über Konsonq hinaus und besetzten zeitweilig den Verkehrsknotenpunkt.

Persisch-sowjetische Handelsvertragsbesprechungen. Nach bisher unbestätigten Berichten haben am Montag Handelsvertragsbesprechungen zwischen der Sowjetunion und Persien begonnen. Die Nachricht wurde in persischen Kreisen als ein Anzeichen dafür gewertet, daß die zwischen beiden Ländern bestehende Spannung nachlassen werde.

Schumanplan-Debatte vor gelichteten Tribünen

Nölting (SPD) bejaht Montan-Union

dmt. Straßburg, 14. August

Die Sitzung des Europarates stand im Zeichen des Schumanplanes, wobei den Mittelpunkt die französisch-britische Meinungsverschiedenheit über das Funktionieren der internationalen Behörde bildete. Vor stark gelichteten Presse- und Zuschauertribünen erklärte ein konservativer britischer Sprecher, daß befürchtet werden müsse, die Regierungen könnten von dieser Obersten Behörde zu abhängig werden, und der Einfluß der Sachverständigen auf die Politik könne sich in schädlicher Weise vergrößern. Großbritannien sei im hohen Maße von seiner Eisen- und Stahlindustrie abhängig und könne seinen ganzen Wirtschaftsaufbau nicht gefährden. In dieser Stellungnahme zum Schumanplan stimmten Konservative und Labour überein.

Als erster deutscher Redner sprach sich Professor Nölting von der SPD grundsätzlich für die Kohle- und Stahlunion aus, forderte aber die Aufhebung der Beschränkungen für die deutsche Stahlproduktion und die Heranziehung von Gewerkschaftsvertretern in der geplanten Montan-Union. Die Ruhrbehörde müsse ihre Funktion an das Oberste Verwaltungsorgan der Union abgeben. Neben dieser internationalen Behörde mit konkreten Souveränitätsbefugnissen müsse ein echtes Parlament stehen, das durch direkte Wahlen in den Teilnehmerstaaten gebildet werden müsse.

Nölting wandte sich gegen jede Verfälschung des Schumanplanes, und warnte: „Kommt aber praktisch nur ein Kartell zustande, vielleicht behängt mit einem staatsrechtlichen Mantelchen, durch dessen Löcher die alte Kartellraubgier hindurchschaut, so ist weder politische Sicherheit noch sozialer Fortschritt zu erwarten.“

Dr. Schäfer: Realistische Etappe

Auch der deutsche FDP-Delegierte Dr. Hermann Schäfer sprach sich für den Plan aus. Er bezeichnete ihn als eine „realistische Etappe auf dem Wege zur europäischen Einheit“. Dr. Schäfer wandte sich gegen eine zu starke Einflußnahme der Regierungen auf das Oberste Verwaltungsorgan der Kohle- und Stahlunion, weil dadurch die Verwirklichung des Planes allzu leicht gehemmt werden könne. Auch eine Unterstellung der Hohen Behörde unter den Ministerrat der Europäischen Union lehnte Dr. Schäfer aus dem gleichen Grunde ab. Die Mitglieder des parlamentarischen Kontrollorgans der Industrie-Union könnten aus den Reihen der Abgeordneten der Beratenden Versammlung genommen werden. Die Notwendigkeit einer übernationalen Autorität begründete Dr. Schäfer mit den Schwierigkeiten, die sich daraus ergeben, den Lebensstandard der Bevölkerung zu heben,

aber gleichzeitig erhebliche Teile des Nationalaufkommens für die Verteidigung aufzuwenden.

In der Vormittagssitzung wurde ein Entwurf über die Menschenrechte beraten. Er weicht in mehreren Punkten von der im Vorjahre beratenen Fassung ab. Die Änderungen sind vom Ministerrat beschlossen worden. Von den meisten Sprechern wurden diese Einschränkungen lebhaft bedauert. Die Debatte über die Konvention wurde vertagt.

Der frühere griechische Ministerpräsident Tsaldaris forderte den Ministerrat bei der Behandlung des Churchill-Antrags auf, zur Schaffung der Europa-Armee zu übergehen und den Antrag direkt an die Landesparlamente weiterzuleiten. Der britische Labourabgeordnete Mackay schlug im Gegensatz zu seiner Partei in einem Antrag vor, den Europarat in eine echte Regierung mit Gesetzgebungsmacht umzuwandeln. Die Straßburger Versammlung soll dabei die Gesetzgebende Versammlung des Europaparlamentes werden, der Ministerrat soll die Funktion des Oberhauses übernehmen. Die Gesetze sollen Vorrang vor allen nationalen Gesetzen haben.

Europa ist auch wirtschaftlich zerklüftet

Die europäische Welt ist viel zerklüfteter, als auf den ersten Blick zu erkennen ist. Dies wird uns recht deutlich, wenn wir die Preise von Waren des täglichen Bedarfs in einigen europäischen Ländern, in Norwegen, Dänemark, Schweden, der Schweiz, England und Westdeutschland vergleichen. Rechnen wir die Preise auf Grund der amtlichen, also künstlichen Paritäten, in DM um, ergibt sich folgende breite Skala der Preise einiger wichtiger Waren (je kg):

Das Brot z. B. ist in England mit DM 0,18 am billigsten und in Dänemark mit DM 0,78 am teuersten. Beim Zucker führt die Schweiz mit DM 1,21, während in Dänemark nur DM 0,29 dafür gefordert werden. Beim Margarinepreis liegt Westdeutschland mit DM 2,42 an der Spitze, während die Engländer mit DM 1,10 erwerben kann. Die Butter kostet in der Schweiz DM 9,51, in England nur DM 2,34.

Das Fleisch ist mit DM 1,90 ebenfalls in England am billigsten und in der Schweiz mit DM 7,37 am teuersten. Beim Kaffee haben wir Preisdifferenzen von DM 3,77 in Norwegen bis zu DM 28,63 in Westdeutschland. Schließlich ist ein Liter Milch in Norwegen, Dänemark und Schweden für DM 0,29 zu haben, während der Schweizer DM 0,46 dafür ausgeben muß. Der gleich hohe Milchpreis in den drei skandinavischen Län-

dern ist der einzige Fall der Uebereinstimmung. Bei allen übrigen Waren fallen die Preise aller Länder in den angegebenen Grenzen auseinander.

Diese Preisdifferenzen dokumentieren die ungeheure Belastung des Volkswohlstandes und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit in allen Ländern. Wenn auch durch den Ausgleich der Preise auf dem niedrigsten Stand und eine Verlagerung der Produktion nach den günstigen Standorten kurzfristige Interessen im einen oder anderen Falle vorübergehend beeinträchtigt würden, so würde doch auf lange Sicht für alle Beteiligten ein zu heute unvergleichlich hoher Wohlstand erreicht werden können.

Trotzdem sind wir skeptisch gegenüber den Erfolgsaussichten internationaler Konferenzen, auf denen die zwischenstaatlichen Klüfte überwunden werden sollen. Wir sehen vielmehr die größeren Erfolgchancen darin, daß jedes Land bei sich den offenen und verschleierte Subventionismus und Protektionismus überwindet, den eisernen Vorhang der eigenen Devisenzwangswirtschaft hochzieht und so das Seine dazu beiträgt, das anachronistisch nationalwirtschaftliche Denken zu überwinden. Wer den Mut hat, damit zu beginnen, wird den größten Erfolg auch für sich selbst buchen können.

H. P.

Der Mohr kann gehen . . .

Die Tragödie der Bürgerlichen in der Sowjetzone

Es muß um die Popularität der SED in der Sowjetzone schlecht bestellt sein. Denn anders läßt sich nicht erklären, daß Informationschef Gerhart Eisler verkünden konnte, Kritik und Schimpfen seien ein notwendiges Ventil für die Unannehmlichkeiten des Lebens in der Sowjetzone. Offenbar greift die Kritik an der volksdemokratischen Diktatur und ihren „Unannehmlichkeiten“ immer mehr um sich. Aber darüber hinaus fühlen sich die Herren Pieck und Ulbricht sogar ausgesprochen unsicher. Denn nun „liquidiert“ sie schon diejenigen bürgerlichen Politiker der Ostzonen-LDP und der CDU, die sich bemüht haben, loyal mit der SED und der östlichen Besatzungsmacht zusammenzuarbeiten. Die Wahlen zum Volkstag nahen heran, und die SED traut sich selbst den willigsten Handlangern aus den bürgerlichen Lager nicht mehr über den Weg. Diese mögen zum Teil einmal in gutem Glauben gehandelt haben; aber nachdem sie dem Einheitsprogramm und der Einheitsliste für die Wahlen zugestimmt hatten, war es klar, daß ihr Stündlein bald schlagen würde. Sie haben ihren Zweck erfüllt, die Diktatur „demokratisch“ zu tarnen, nun braucht man sie nicht mehr.

Augenblicklich fegt der östliche Sturm mit besonderer Heftigkeit durch die LDP. Professor Kastner, ihr Vorsitzender, wurde während eines Urlaubs aus der Partei ausgeschlossen, und ihr Generalsekretär Günther Stempel wurde trotz der Immunität, die er als Abgeordneter auch nach der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik offiziell genießt, vom SSD verhaftet. Diese Institution, der Staatssicherheits-Dienst Ulbrichts, unterscheidet sich von ihrem braunen Vorgänger nur durch das zweite „S“ und kümmert sich ebenso wenig um Recht und Gesetz. „Mann, was wollen Sie eigentlich?“ rief ein Beamter des SSD, der vielleicht schon im SD tätig war, dem sächsischen Landesminister Dr. Thürmer entgegen, als dieser die Verhaftung der ersten Sekretärin des LDP-Vorstandes unter Vorzeigen seines Ministerausweises verhindern wollte.

Ja, was wollten die LDP- und CDU-Politiker eigentlich, als sie sich in das Falschspiel der SED einließen? Sie hätten aus Erfahrung wissen müssen, daß Diktaturen ihre schwächeren Juniorpartner bald leid werden. Nun sind schon 145 führende Mitglieder der Sowjetzonen-LDP vornehmlich aus Sachsen, nach Westberlin geflohen, um sich der drohenden Verhaftung zu entziehen. Haben sie irgendetwas erreicht, als sie mit der Diktatur zusammenarbeiteten, haben sie die Terrormethoden der SED auch nur um einen Deut mildern können? Haben sie, und das scheint doch eigentlich das Wesentliche zu sein, eine Politik betrieben, die dem Auftrag und dem Wunsch ihrer Wähler auch nur in etwa entsprach? All diese Fragen müssen mit einem glatten Nein beantwortet werden. Und diejenigen, die jetzt als willfährige — nicht mehr loyale — Mitläufer die nur noch nominell bestehenden beiden bürgerlichen Parteien leiten, werden auch noch eines Tages dem Verfolgungswahn des SED-Regimes zum Opfer fallen.

Gewiß läßt sich der Mut eines Nuschke bewundern, der als stellv. Ministerpräsident und Vorsitzender der Ostzonen-CDU die Sitzung des Volksrates kurz vor der Abstimmung über das „Oder-Neiße-Gesetz“ für einige Minuten verließ und erst nach erfolgter „Einstimmigkeit“ — Annahme — von 400 Abgeordneten waren überhaupt nur 192 anwesend — in den Saal zurückkehrte. Aber mit dieser Pilatus-Geste kann er sich doch nicht von der Verantwortung befreien, die ihn wie die übrigen bürgerlichen Politiker belastet, sofern sie noch immer mit dem Sowjetzonenregime zusammenarbeiten.

Es ist eine ungeheure Tragödie, die sich in der Ostzone wie in allen anderen Volksdemokratien vollzieht. Die bürgerlichen Kreise, ihres Besitzes längst verlustig gegangen, werden ständig dezimiert, ohne daß dadurch etwa die Arbeiterklasse einen Vorteil hätte. Nur der Machtwahn einer kleinen Minderheit, die ihren Willen rücksichtslos mit allen Mitteln des Terrors durchsetzt, findet in derartigen „Reinigungsaktionen“ seine Befriedigung. Die Politiker jedoch, die ihnen jetzt zum Opfer fallen, dürften kein anderes Schicksal erwarten, auch wenn sie vielleicht aus persönlichen Erwägungen heraus nicht anders handeln konnten. Es ist eben das Kennzeichen aller Diktaturen, daß sie dem Einzelmenschen zum tödlichen Schicksal werden.

(A-Z)

Ohne Pässe über die Grenze

Deutsche Jugenddelegation will zu Spaak

dmt. Straßburg, 14. August

Vierzig Delegierte der Deutschen Jungen Rates sind in Straßburg eingetroffen, um Präsident Spaak die Beschlüsse des Jugendforums in München mitzuteilen. An der Grenze hatten sie keine Schwierigkeiten, obwohl sie keine Pässe haben. Als die Zollbeamten hörten, daß sie nach Straßburg führen, riefen sie „Heil Europa“ und ließen sie ohne Kontrolle in ihrem Omnibus weiterfahren.

Die Seite der Heimat

Halver, 15. August 1950

Ob'ste Geld hast . . .

„Hier noch die letzten Schattenmorellen zum Einmachen nicht vergessen! Heute besonders schöne und ganz billige Waldbeeren! Junge Frau, wie wär's mit ein paar Stachelbeeren, zuckersüß, ausgezeichnet für Marmelade geeignet. Denken Sie an den Winter!“

„Ja, Obst ist zur Zeit genügend vorhanden, aber „ob'ste auch Geld hast“, wie die Berliner treffend bemerken. Denn wenn der Geldbeutel überall so hoch hinge wie bei mir, könnte ich zwar jeden Monat einige Gläser für den Winter einkochen, doch nicht pfund- oder gar sackweise Zucker hamstern. Haben Sie vielleicht auch nur einen Bekannten, der nicht über die heutige Geldknappheit stöhnt. Aber Zucker, Zucker haben sie alle! Aha! Der steckt jetzt in den Tiefen vermotteter Kleiderschränke, zieht in der Ecke des Badezimmers Wasser oder saugt Kücheneinstreuungen auf. — Mit einem Mal war Geld da und landete im Maul der Flüsterpropaganda. Ich jedoch und viele andere mit mir, wir müssen unsere Marmelade mit dem teuren Würfelzucker einkochen oder die sauer eingemachten Früchte im Winter doppelt zuckern. Wir können uns das Leben augenblicklich nicht versüßen. Leider, alles — alles hängt immer davon ab: Ob'ste — auch wirklich — Geld hast, oder nur so — ja, ja!“

Babarina.

□ **Nachträgliche Beiträge zur Rentenversicherung.** Das Oberversicherungsamt Düsseldorf hat in diesen Tagen endgültig entschieden, daß freiwillige Beiträge zur Rentenversicherung (Invaliden- und Angestelltenversicherung) für die Zeit vor dem 1. 6. 49 nach den alten Beitragssätzen entrichtet werden können.

□ **Wetterfröhe erwarten warmen August und September.** Die Meteorologen in Nord- und Süddeutschland rechnen damit, daß die zweite Augushälfte und der September eher zu warm als zu kühl sein werden. Schöne und trockene Tage werden nach Schätzungen des badischen Landeswetterdienstes in Freiburg in Süddeutschland häufiger sein als trübe und kühle Niederschlagsstage. Dennoch sei nicht mit längeren Trockenperioden zu rechnen. Das Meteorologische Amt in Schleswig rechnet für dieses Jahr mit einem späten Herbstende. Die durchschnittliche Wachstumsgrenze, die die Meteorologen als Herbstende bezeichnen, fällt etwa auf den 11. Oktober. Die Annahme der Meteorologen stützt sich auf Beobachtungen aus einer mehr als vierzigjährigen Temperaturreihe.

Halver

Adj's Halver, vi got no Keespe

Mit diesen Worten nahm man früher Abschied, wenn man einen Besuch in der Nachbargemeinde Kierspe machen wollte. Das konnten auch gestern morgen vierzig der Jüngsten aus dem CVJM Halver sagen, als sie ihr Ränzchen geschnürt hatten und den Marsch nach Felde bei Kierspe antraten. Dort wollen sie unter Leitung von Gemeinschafts- und Jugendpfleger Buchhorn eine einwöchige Freizeit durchführen. Mama Buchhorn wird für das leibliche Wohl der Halverschen Jungen sorgen.

CVJM-Freizeit beendet

Nun ist es wieder stiller geworden auf Oberwäldfeld. Die dort in den letzten Wochen zur Freizeit weilende Gruppe vom CVJM Repele (Kreis Moers) hat gestern ihre Zelte wieder abgebrochen und den Weg in Richtung Heimat genommen. Die jungen Leute übernachteten in Zelten und als Tagesraum war ihnen von den Bauern Walter Lansberg und Rudolf Treack ein Raum, die vorübergehend leergeräumte Kornkammer, fürsorglich überlassen worden, in dem gleichzeitig gegessen wurde und der an regnerischen Tagen als Fleiß diente. Sonst aber tummelte man sich im Freien, machte Wanderungen durch Wald und Flur der näheren und weiteren Umgebung. Das Strandbad Herpene hat man des öfteren aufgesucht. Saß man abends im trauten Kreis zusammen, dann kam wohl ein lie-

Von schnurrigen Käuzen, Tauben und einem Donnerrohr

In allen Erzählungen und Romanen, die das ländliche Milieu zum Vorwurf haben, gedenken die Autoren nur des Landmannes, der mit schwerer Arbeit und unter Mühen und Sorgen sein täglich Brot gewinnt. Wann wäre aber jemals vom Gegenteil geschrieben oder gar gedichtet worden? Dabei lebte vor 50 Jahren ganz in der Nähe ein schrulliger Landmann, der die Regel, daß nur der Bauer leben könne, der sich von früh bis spät bis aufs Blut plagt, auf seine Art widerlegte. Die ältesten Halveraner werden sich seiner und seines Hofes noch entsinnen können. Um die Zeit der Jahrhundertwende nämlich lebte auf der Schlechtenbach, unweit unserer Ortschaft jener Wilhelm Runde, zu dessen Lebzeiten auf dem früheren Rittergut wenig ritterliche Zustände herrschten.

Zwei biedere Hagestolze bewohnten und bewirtschafteten, allerdings mehr schlecht als recht das Gehöft. Eben gesagter Wilhelm Runde, zu jener Zeit schon ein betagter Herr und Peter sein Faktotum, ein Hesse von Geburt. Beider Grundsatz aber ließ sich in dem alten sauerländischen Sprichwort zusammenfassen: „Dumme Lue un Ossen dauet de Arbed!“ Sie haben es weiß Gott Zeit ihres Lebens so gehalten.

Wer wußte wohl nicht, daß der alljährliche Umbruch des Ackers die schwerste Arbeit des Landmannes darstellt. Wilhelm, der diese Arbeit nicht erfunden hatte, ließ den größten Teil seines Ackerlandes brach liegen, ausgenommen jene Flächen, die man zum eigenen Bedarf unbedingt bebauen mußte. Da der Acker natürlich mit den Jahren verheidete, und um wenigstens einigen Nutzen daraus zu ziehen, hielt Wilhelm Runde

Landeszuschüsse für Wohnungsbauten

Staatliche Bauhilfe für Vertriebene, Verfolgte, Schwerbeschädigte

Halver. Bei dem Bau von Wohnungen müssen vielfach eigene Leistungen der Bauherren und der künftigen Mieter erbracht werden. Diese Leistung kann jedoch von den Bevölkerungskreisen, die durch den Krieg und die Kriegsfolgen besonders hart betroffen sind, oftmals nur schwer erbracht werden. Das gilt vor allem für Vertriebene, die nicht nur ihre Habe verloren haben, sondern darüber hinaus aus ihrem Lebensbereich herausgerissen wurden. Es erscheint daher angebracht, hier einen Ausgleich zu schaffen. Das Land gewährt deshalb diesen Bevölkerungskreisen, die wesentlich mehr als die anderen geschädigt worden sind, zusätzliche Beihilfen, für die die nachstehenden Bestimmungen gelten, die sicherlich das besondere Interesse unserer Heimatvertriebenen finden werden.

Es werden nur solche Bauvorhaben berücksichtigt, die hinsichtlich Größe, Bauart, Ausstattung und Höhe des Mietpreises (der Belastung) den allgemeinen Förderbestimmungen des Landes entsprechen (Um- und Ausbaubestimmungen, Instandsetzungsbestimmungen, Kleinwohnungsbaubestimmungen, Kleinsiedlungsbaubestimmungen, Volkswohnungsbestimmungen). Durch den Bau müssen selbständige, abgeschlossene Wohnungen geschaffen werden. Die Wohnungen müssen die erforderlichen Nebenräume und einen eigenen Zugang haben.

Nur folgende Gruppen können gefördert werden:

1. Flüchtlinge der Gruppe A,
2. Politisch, rassisch und religiös Verfolgte,
3. Anerkannt Schwerkriegsbeschädigte und Schwerbeschädigte.

Die Förderung darf nur erfolgen, wenn der Bauherr selbst zu dem Kreis der begünstigten Personen gehört und er die Wohnung für sich und seine Familie errichtet, oder sich der Bauherr schriftlich verpflichtet, die mit den Landes-

mitteln geförderte Wohnung für die Dauer von 10 Jahren nur an Personen des begünstigten Kreises zu vermieten, zu verpachten oder in sonstiger Weise zu überlassen. Gehört eine Person mehreren bezeichneten Gruppen an, so darf die Gewährung des Zuschusses nur einmal erfolgen. Die Mittel werden vom Lande als verlorene Zuschüsse gegeben. Die Gewährung des Zuschusses setzt voraus, daß die Finanzierung des Vorhabens im übrigen gesichert ist. Die Zuschüsse werden nach der Zahl der zu erstellenden Wohnräume (einschließlich Küche) und der zur Vollfinanzierung noch erforderlichen Mittel bemessen. Sie dürfen in Ortsklasse B, zu der Halver gehört, 460 DM pro Wohnraum nicht überschreiten. Bei Wohnungsteilung für die Begünstigten beträgt der Zuschuß je Wohnraum 230.— DM. Sind in der Bauplanung Wohnräume unter 10 qm vorgesehen, so ermäßigen sich die Höchstsätze um die Hälfte. Nebenräume, wie Flur, Diele, Bad, Speisekammer usw., sind nicht zu berücksichtigen.

Die Beträge werden nach Fertigstellung des Bauvorhabens ausbezahlt.

Der Eigentümer ist verpflichtet, den Zuschuß zurückzuzahlen, wenn die Verpflichtung, die Wohnungen für die Dauer von 10 Jahren an eine der begünstigten Personen zu vermieten, nicht gehalten wird.

Die Anträge auf Bewilligung von Landeszuschüssen sind unter Verwendung von Formblättern, die bei den Gemeinde-, Amts- oder Stadtbauämtern zu erhalten sind, an diese Stellen zu richten.

Nach Beendigung der Bauarbeiten ist der Bauherr verpflichtet, der Bewilligungsbehörde Anzeige zu erstatten. Daraufhin prüft die Behörde, ob das Vorhaben in der dem Antrage entsprechenden Weise zur Durchführung gelangt ist, und ob die im Bewilligungsbescheide vorgesehene Anzahl von Wohnräumen erstellt wurde. Als dann erfolgt die Auszahlung.

„ABGVNST IST GROS“

Neuer Inschriftenfund in der Gemeinde Halver

Oekinghausen-Carthausen. Freude an alten Dingen ist nichts anderes als Ehrfurcht vor dem, was einmal war. Schon der hochwürdige Pastor Ewald Dresbach hat früher mit viel Liebe die in und um Halver noch feststellbaren Inschriften an Häusern, Türen und Balken gesammelt und wenn wir kürzlich in zwei kurzen Betrachtungen ebenfalls an einige Sprüche und Sentenzen sauerländischer Vorfahren erinnerten, dann freut es uns doppelt, wenn wir heute die Galerie durch einen vor wenigen Tagen erst vollzogenen Fund ergänzen können. In dem rund vierhundert Jahre alten und vor einem Saekulum schon einmal halb abgebrannten Haus Ober-Carthausen 8/9, das vor einigen Monaten in den Besitz der aus Carthausen stam-

menden Familie Alfred Jung überging, wurde bei notwendigen Erneuerungsarbeiten ein schwerer Balken aus Eichenholz gehoben, der eine heute noch gut lesbare Inschrift vorweist. Leider fehlen unserem Setzkasten die Drucktypen, die eine dem Original ähnliche Wiedergabe gestatten könnten, denn die ins Holz geschnittenen Buchstaben hängen oft synthetisch zusammen, ein A und ein B, oder ein H und ein T, sind zu einem keilschriftartig anmutenden Gebilde komprimiert worden, und mit der Rechtschreibung hapert es, für unsere heutigen Begriffe wenigstens, in manchem Wort. Ganz davon abgesehen, daß hin und wieder ein ganzer Vokal fortgelassen wurde, und daß der Holzschnitzer seinen Spruch mindestens im Dialekt formulierte, oder daß er so schrieb, wie ihm der fromme Schnabel gewachsen war. Versuchen wir nun eine Wiedergabe mit der üblichen großen Antiqua:

HLF LEIBER GOTT AVS NOHT
ABGVNST IST GROS
MANNIGER BENEIDET WAS EHR SICHT
DOCH MVS EHR LEIDEN DAS ES GESCHCHT
Es soll etwa heißen:
HLF, LIEBER GOTT, AUS NOT,
MISSGVNST IST GROSS;
MANCHER BENEIDET, WAS ER SIEHT,
DOCH MUSS ER LEIDEN, DASS ES
GESCHIEHT.

Der Sinn des rührend einfältigen Verses läßt darauf schließen, daß es in den Jahren von 1600 bis 1640 (in denen man die Entstehung der Inschrift vermuten darf) auch schon charakterlich unter den Mitmenschen gehapert hat; jedenfalls fühlte sich der Eigner des Hauses veranlaßt, sich einerseits über die „Abgvnst“ der Leute zu beklagen, sich andererseits aber auch über Unabänderliches und allzu Menschliches lächelnd

beladen war, trat Hektor wieder in Aktion, zog die Knollenfurche zum Gehöft, pflügte wiederum eine Furche, trat ab, um zu pausieren. Wieviel Zeit bei dieser, im Sauerland kaum gebräuchlichen Art der Kartoffelernte draufging, kann man sich vorstellen. Zeit aber, nun daran war in jenen Jahren auf der Schlechtenbach kein Mangel.

Galt Wilhelms ganze Liebe seinen Tauben und Hektor, so war sein hessisches Faktotum noch mehr mit Leib und Seele dem edlen Waidwerk erlegen. In der, damals zum Hof gehörigen Jaqd, ging Peter noch mit einem Stöpper auf die Pirsch. Ja, der Fachmann erstaune, um die Jahrhundertwende war auf der Schlechtenbach noch ein Vorderlader aus des alten Fritz Zeiten in Gebrauch. Mit diesem antiken Jagdgerät beschoß Peter seit Jahrzehnten Rehe und Hasen, ohne größere Erfolge. Da alles, was um und über die Schlechtenbach kroch und flog sich auf Peters Donnerrohr eingestellt hatte, war der angerichtete Schaden auf beiden Seiten gering. Auch in Peter mochte diese Erkenntnis in langen Jahren herangereift sein. Jedes mal, wenn der urige Donner aus dem fossilen Feuerrohr in den Bergen verhallt war und Peter sich von dem kanonenartigen Rückschlag erhoben hatte, waren nach Abzug der enormen schwarzen Rauchwolken weder Hase noch Reh zu erblicken. Angesichts solchen vergeblichen Tuns entrang sich seiner Brust der Ausruf: „Da seh'dr, wie mer's Bulwer verschwende dut!“

Eine große Liebe aber war Wilhelm und Peter gemeinsam; nämlich die, zu ihrem Spielührchen. Es konnte den beiden Alten nicht oft genug vorspielen. Es unterhielt sie besser, als jede Arbeit und die schätzten sie ohnehin nicht

Schaltsmühle

Aus dem Turnverein

Der Schalksmühler Turnverein hatte zu einer Vorstandssitzung in die Turnhalle eingeladen. Als wichtigster Punkt auf der Tagesordnung war das Stiftungsfest. Als Termin wurde der 3. September vorgesehen. Zunächst finden morgens leichtathletische Wettkämpfe in Form von Vereinsmeisterschaften für Turnerinnen, Jugendliche und Turner statt. Hier werden die Schalksmühler Gelegenheit haben, die Volksturner, die auswärts in diesem Jahre gute Erfolge erringen konnten, einmal persönlich in einem Kampfe zu sehen.

Nachmittags findet ein Festzug sämtlicher Abteilungen unter Vorantritt des Trommler- und Pfeiferkorps zum Jahnplatz statt. Alle Abteilungen des Vereins werden in einem bunten Rasen Ausschnitte aus der Vereinsarbeit zeigen. Faustball- und Prellballspiele der Älteren werden sich anschließen. Allgemeine Freübungen aller Teilnehmer werden den Abschluß der turnerischen Darbietungen bilden.

Das Handballspiel der beiden Nachbarvereine Schalksmühle und Dahlebrück werden dieses Stiftungsfest beschließen.

Eine Selbstverständlichkeit ist es, daß am Abend ab 20 Uhr in der Turnhalle ein Turnball aller Vereinsmitglieder durchgeführt wird, in dessen Verlaufe eine Siegerehrung aller Teilnehmer der diesjährigen Turnfestteilnehmer vorgenommen wird.

Schulturnfest

Das diesjährige Schulturnfest des Schulbezirks Schalksmühle-Hülscheid wird nunmehr am Sonnabend, dem 2. September durchgeführt. Alle Schulen treffen sich bereits am Vormittag in Mehrkämpfen der verschiedensten Altersklassen, während am Nachmittag Sondervorfürungen der Schulen stattfinden. Die Wettkämpfe sind auf dem Jahnplatz in Schalksmühle und werden sicherlich viele Interessenten anziehen.

hinweg zu setzen. Eine Methode, die man nur immer empfehlen möchte, sie hilft den Nerven und fördert die Verdauung. — Im übrigen diene der gefundene Balken als Türsturz über dem Einfahrtstor (Niendör), sein Holz ist heute noch steinhart und läßt den Hobel erröten. Wir wollen desgleichen tun aus Respekt vor der Würde des Alters und dem Reichtum der von ihm erlebten Geschichte.

Oberbrügge / Ehringhausen

Schöne Erfolge des Ziegenzuchtvereins Ehringhausen.

Auf der Kreisverbandsschau der Ziegenzüchter, die in Plettenberg-Küchelheim stattfand, konnte der Ziegenzuchtverein Ehringhausen beachtliche Erfolge erzielen. Der Vereinsbock wurde mit dem 1. Ehrenpreis ausgezeichnet, Karl Wiemann und Andreas Wanzleben erhielten einige 2. Preise und Herbert Söhne und Ernst Werhahn konnten 3. Preise erzielen. Den Wanderpreis des Vereins sowie die silberne Ehrennadel des Landesverbandes für Westfalen/Lippe erhielt für 25jährige Dienste innerhalb des Ziegenzuchtvereins Karl Wiemann — Ehringhausen.

Sechserkarten der Bundesbahn. Für die Fahrt von Oberbrügge nach Lüdenscheid tritt ab sofort beim Bundesbahnhof Oberbrügge eine wesentliche Verbesserung ein. Sechserkarten, bei anderen Bahnhöfen schon seit längerer Zeit eingeführt und von denen, die die Eisenbahn viel benutzen müssen freudig begrüßt, werden auch jetzt für die Strecke Oberbrügge — Lüdenscheid ausgegeben. Die Karten haben eine Gültigkeit von einem Monat und neben der Billigkeit, sie kosten DM 2,20, sind sie auch übertragbar, so daß sie für die ganze Familie gelöst werden kann. Eine Fahrt nach Lüdenscheid kostet demnach 37 Pfg. Billiger geht es nun wohl nicht mehr.

Versammlung der Ostvertriebenen

Die Interessengemeinschaft der Ostvertriebenen hatte ihre Mitglieder zu einer Versammlung in das Lokal Hüttebräuer geladen. Der Kreisvorsitzende Lehrer Schönfelder, Halver,

sehr. Dabei vermochte dieser naive Musikautomat nur vom guten Mond der da so stille geht und von der Treu und Redlichkeit, die geübt werden sollte zu klammern.

Zum Schluß sei daher noch jenes Erlebnis erwähnt, das ein Nachbar, da er zur Erntezeit die beiden Käuze in einer dringenden Angelegenheit aufsuchte. In dieser hohen Zeit des Jahres, da der Bauer kaum Zeit zum Schlafen, geschweige denn zum Ausruhen hat, fand er Wilhelm und Peter ganz versunken in der guten Stube sitzen. Vor ihnen stand das Spielührchen und klapperte mit seinem dünnen metallenen Stimmchen: „Ueb' immer Treu' und Redlichkeit!“ Wilhelm und sein hagestolzer Genos saßen vor dem Musikmaschinchen und nickten mit ihren grauen Schädeln im Takt der moztart'schen Melodie. Beim Eintreten des Nachbarn entrang sich Wilhelms Brust der abgrundtiefe Seufzer: „Ach, min Junge, dat laiwte Uehrken künn vie den gansen Daq blouß äf'mol hören!“

Der Hof aber, lag in der Gluthitz des Sommer-tages still und wie ausgestorben. Es rührten sich weder Knecht, noch Maqd. Was sollten sie's auch, denn, wer nicht sät, braucht auch zur Ernte keine Hand zu bewegen.

Als Vorbild möchte man solche Wirtschaft auf einem sauerländischen Bauernhof nicht hinstellen und dennoch, glückliche Zeit, da sich der Müßiggang noch in solchen Formen abspielte, da die Menschen weder hetzender Jazzsynkopen, noch des frenetischen Gebrülls sportbesessener Massen bedurften, um sich zu unterhalten. Längst vergangene Zeiten, als sie noch dem Geklirper eines einfachen Spielührchens etwas abzugewinnen vermochten.

v. Manteuffel kritisiert Verteidigung Europas

„Vorenthaltung schwerer Waffen — militärischer Nonsens“

dmt. Düsseldorf, 14. August

Der ehemalige Panzergeneral von Manteuffel nimmt in der Düsseldorfer Zeitung „Der Mittag“ Stellung zur europäischen Verteidigung. Nachdem er festgestellt hat, daß die Politik der Illusion vorbei sei und an ihrer Stelle die Politik des Kräftegleichgewichts getreten sei, schreibt er zu dem von Churchill geforderten Beitrag Deutschlands zur europäischen Verteidigung: „Die Hinzuziehung der wehrfähigen Deutschen hat nach meiner Auffassung folgende Voraussetzungen: Die deutsche Bundesrepublik muß die Souveränität erhalten, denn nur freie Männer können Waffen tragen, und nur solche mit Ueberzeugungskraft werden kämpfen. Die Grenzfragen in West und Ost bedürfen nunmehr einer Regelung. Eine wirksame Verteidigung des deutschen Raumes und der deutschen Menschen und damit auch die aller anderen Teile der europäischen Völkerfamilie ist nur gewährleistet, wenn man auch den Deutschen die Waffen zubilligt, deren Zusammenwirken erst eine solche Verteidigung erfolgversprechend macht. Es ist ein militärischer Nonsens, daß man mißtrauisch gegenüber dem Wiedererstarben des deutschen Kontingents der europäischen Unionswehrmacht ihm schwere Waffen vorenthalten will. Es muß ausdrücklich betont werden, daß auch in Deutschland die Abwehrbereitschaft von den geistigen Kräften genährt, getragen und gestärkt werden muß. Denn diese geistigen Kräfte sind entscheidender als die sekundären militärischen Machtmittel und damit die Zusammenziehung von Menschen, Armeen, Panzern und Flugzeugen.“

Die Basler „Nationalzeitung“ schreibt zur Frage der deutschen Bewaffnung, daß sich wahrscheinlich bei einer Volksabstimmung 60 bis 80 Prozent der westdeutschen Bevölkerung gegen die Aufstellung einer

neuen Wehrmacht aussprechen würden. Die geistig und seelisch immer noch unverdaute Hypothek des Nationalsozialismus laste nach wie vor schwer auf dem deutschen Volk, die Folge davon sei eine Art Groll- und Schmolle Stimmung, in die sich zum Teil sogar eine gewisse Schadenfreude darüber mische, daß nun die Westmächte die bittere russische Suppe auflöffeln müßten, die sie sich angeblich selbst eingebrockt hätten. Für diese ablehnende Haltung sei das Gefühl ausschlaggebend, „das deutsche Soldatentum sei durch die Westmächte nach Kriegsende dermaßen diffamiert worden, daß es

heute keine Ehre mehr sei, das Waffenkleid zu tragen.“

Kurz zusammengefaßt laute die Bonner Meinung: Keine Remilitarisierung, sondern Beteiligung der deutschen Wirtschaft am Wiederaufbau Europas und damit auch an der westlichen Verteidigung, ferner Schaffung stabiler sozialer und politischer Verhältnisse in Westdeutschland selbst. Eine solche Haltung zeuge zweifellos von klarem politischen Denken und einem großen Verantwortungsgefühl. Der Westen würde sich selbst einen Dienst erweisen, wenn er davon Kenntnis nähme.

Japans sieben Divisionen

Reichstag wurde nicht gefragt — Befehlshaber = Generaldirektor

dmt. Tokio, 14. August

Kaum zwei Wochen nach Ausbruch des Korea-Krieges hatte General McArthur die japanische Regierung ermächtigt, „eine nationale Polizeireserve“ von 75 000 Mann aufzustellen. Damit wurde die bestehende Polizei, nämlich 30 000 Mann Gendarmerie und 95 000 selbständige Kommandos, auf einen Stand gebracht, „wie er nach den Lehren der Erfahrung erforderlich ist, um das öffentliche Wohl in einer demokratischen Gesellschaft zu sichern.“ Gleichzeitig wurde der Küstenschutz zur Einstellung weiterer 8000 Mann ermächtigt.

Ungeachtet der Vorliebe für eigene Entschlüsse, wie sie für General McArthur kennzeichnend ist, dürfte diese Ermächtigung von Washington gebilligt worden sein. Derzeit ist von den vier amerikanischen Besatzungs-Divisionen nur noch eine, die 7. Infanterie-Division in Japan stationiert. Die neue Polizeitruppe stellt daher einerseits einen Ersatz für die nach

Korea verschifften drei Divisionen dar. Andererseits dürfte sie den (noch getarnten) Grundstock für eine neue Wehrmacht bilden, da sie mit schweren Waffen ausgestattet und motorisiert werden soll.

Am 9. August erließ dann die Regierung eine entsprechende Sonderverordnung. Sie sollte ursprünglich erst am 15. August ergehen, dem 5. Jahrestag der Kapitulation Japans. Aber das erschien dann doch ein wenig zu provozierend für die einstigen Feindstaaten.

Bezeichnenderweise untersteht die neue Polizeireserve unmittelbar dem Kanzler Yoshida, der zugleich Außenminister ist und nicht dem Staatssekretariat für öffentliche Sicherheit. Die neue Polizei wird in ehemaligen Kasernen untergebracht. Bemerkenswert ist ferner, daß die Ernennung des „Generaldirektors“ der neuen Polizeitruppe, für welchen Posten Keikitschi Masuhara vorgesehen worden ist, vom Kaiser bestätigt werden muß. Masuhara, früher Beamter des nicht mehr bestehenden Innenministeriums, äußerte bereits offen den Wunsch, die Dienstzeit der Angehörigen der neu aufgestellten Reserve solle begrenzt sein, was für einen reinen Polizeiverband befremden müßte.

Kanzler Yoshida wählte, vielleicht um dem Reichstag keine Gelegenheit zu geben, die neuen Maßnahmen vorher zu erörtern, den Verordnungsweg. Die sozialistische Partei in Tokio gab zu bedenken, die Aufstellung einer Polizeimacht, die „sieben Divisionen“ einer regulären Armee“ gleichkomme, lasse sich schwerlich mit der stehenden Verfassung vereinigen. Die Regierung wies es weit von sich, daß es sich dabei um eine Armee handle, aber ein Minister gab freimütig zu, er wünsche sich die neue Polizeitruppe „so stark wie eine Armee“. Und im japanischen Volk spricht man sowieso nur von „unserem Heer“.

Adenauer arbeitet wieder

dl. Bonn, 14. August

Bundeskanzler Adenauer hat am Montag morgen wieder seine Dienstgeschäfte aufgenommen. Er wünschte für Dienstag eine Sitzung des Kabinetts, jedoch ist noch nicht klar, ob sie stattfinden wird, da sich verschiedene Minister in Urlaub befinden.

Europarat-Debatte über Schumanplan

dmt. Straßburg, 14. August

Die Beratende Versammlung des Europarates wird sich in dieser Woche mit dem Schumanplan beschäftigen. Die Debatte gewinnt deshalb besonders an Interesse, weil Großbritannien nach den bisher erzielten Ergebnissen der Schumanplan-Konferenz in Paris eher geneigt zu sein scheint, sich dem Plan für eine europäische Montanunion anzuschließen als es bisher der Fall war. Allerdings findet der britische Vorschlag, die in dem Schumanplan vorgesehene hohe Behörde der Kontrolle des Ministerausschusses des Europarates zu unterstellen, bei den französischen und deutschen Delegierten keinen Anklang.

Landarbeiter fehlen in Nordrhein-Westfalen. In der ländlichen Bevölkerung Nordrhein-Westfalens wird seit langem eine so starke Abneigung gegen Dauerarbeit bei den Bauern beobachtet, daß bei Beginn der Getreideernte ein empfindlicher Mangel an Landarbeitern eingetreten ist. Ein großer Teil der Erntearbeiten muß mit Aushilfskräften im Tagelohn und durch Nachbarnhilfe erledigt werden. Auch die Anwerbung heimatloser Ausländer blieb ohne den erwarteten Erfolg.

So kurz wie möglich

Ministerpräsident Menzies will nicht nach Korea. „Um den Amerikanern die erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen zu ersparen“, will der australische Ministerpräsident Menzies, der zur Zeit in Tokio weilte, von einem Besuch in Korea Abstand nehmen. Menzies führte bereits mehrere Besprechungen mit General McArthur.

de Gaulle meldet sich wieder. Am Freitag oder Sonnabend dieser Woche will General de Gaulle, der Führer der früheren Sammlungsbewegung, eine Erklärung abgeben, der man unter seinen Anhängern mit großer Spannung entgegensteht.

Juden demonstrieren gegen Gestapo-Mann. In Rio de Janeiro wurde das Geschäftshaus von Herbert Cukurs, der als früherer Gestapo-Angehöriger für den Mord an 200 000 litauischen Juden verantwortlich sein soll, von jüdischen Demonstranten mit Steinen beworfen. Vorher hatten die Juden eine Protestversammlung abgehalten, weil die brasilianische Regierung es abgelehnt hatte, Cukurs auszuweisen.

Streiks in Rotterdam und Amsterdam. Hafenarbeiter in Rotterdam und Bauarbeiter in Amsterdam riefen einen Streik für eine Lohnerhöhung aus. Die Gewerkschaft unterstützte den Streik nicht. Er soll von einem kommunistischen Aktionsausschuß ausgerufen worden sein. Die meisten auferlegenen Arbeiter beteiligten sich nicht.

Türkische Einstimmigkeit in der Atlantikpaktfrage. Das türkische Gesuch um Aufnahme in den Atlantikpakt wird auch von der Opposition vollumfänglich gebilligt. Im großen und ganzen scheint damit der Zwist beigelegt zu sein, der wegen des türkischen Korea-Expeditionskorps ohne vorherige Befragung der Opposition hervorgerufen worden war.

Tschechen verminen österreichisches Grenzgebiet. Das tschechische Grenzgebiet entlang der österreichischen Grenze wird zurzeit von tschechischen Pionieren verminiert. Die Bauern wurden von den Behörden darauf hingewiesen, daß das Betreten eines 20 Meter breiten Grenzstreifens mit Lebensgefahr verbunden ist. Auch die österreichischen Grenzbauern, deren Felder jenseits der Grenze liegen, dürfen die grüne Grenze nicht mehr überschreiten. Die Vermutung scheint vor allem wegen des Flüchtlingsstroms vorgenommen zu werden, der in den letzten Wochen erhebliche Ausmaße angenommen hat.

Zuchthausurteile gegen ungarische Philosophie-Professoren. Vier Philosophie-Professoren der ungarischen Universität Debrecen sind zu Zuchthausstrafen verurteilt worden, weil sie „antidemokratische Flugblätter verteilt und einen staatsfeindlichen Briefwechsel in einem Geheimkode geführt haben“. Gleichzeitig wurden zehn Bauern wegen Erntesabotage verhaftet.

Schwarze Streichhölzer aus der Sowjetzone. Der Bundesfinanzminister hat die Zollverwaltung angewiesen, Streichhölzer zu beschlagnahmen, die in den letzten Monaten in verstärktem Maße aus der Ostzone nach Westdeutschland geschmuggelt werden.

Schärfere Postzugkontrolle. Seit Sonntag werden die Postzüge von Hannover nach Berlin und in umgekehrter Richtung wieder schärferen Kontrollen unterworfen. Bei den Kontrollen wurden 1112 Pakete mit Textilien und Zigaretten beschlagnahmt.

Kauf jüdischen Eigentums — illegal. Das oberste amerikanische Berufungsgericht für Wiedergutmachung in Nürnberg hat in einer Berufungsverhandlung entschieden, daß der Kauf jüdischen Eigentums unter den Nürnberger Gesetzen nicht als legal und rechtsgültig gelten könne.

Bayern wirbt um Pfälzer Gemeinden. Wie wir erfahren, haben inzwischen 964 Gemeinden, 4 Städte und eine große Anzahl von Firmen ihren Beitritt zum Bund der Pfälzfreunde in Bayern erklärt. Die Frage, ob die Pfälz wieder zu Bayern zurückkehrt, ist noch nicht entschieden. Bayerns Ministerpräsident Dr. Ehard betont immer wieder den Anspruch Bayerns auf die Pfalz.

Landeskongreß für einigiges Deutschland. Ein „Landeskongreß für einigiges Deutschland“ bei dem Delegierte zum „National-Kongreß der Nationalen Front“ in Berlin gewählt werden sollten, wurde von dem hessischen Innenminister verboten.

Denkmal für Mussolini und Hitler gefordert. Das offizielle Organ der neo-faschistischen Bewegung MSI schlägt vor, die Entsendung eines Freiwilligenkorps nach Korea davon abhängig zu machen, daß 1. in Mailand ein Denkmal für Mussolini und in Nürnberg ein Denkmal für Hitler errichtet werde, da sie beide vergeblich die Zivilisation gegen die Barbarei verteidigt hätten und 2. alle Faschisten, die während des Bürgerkrieges in Spanien für die Erhaltung der christlichen Zivilisation kämpften, eine Belohnung erhalten müßten, ebenso alle italienischen Soldaten in Rußland, die den Versuch gemacht hätten, die Russen von den italienischen Grenzen abzuhalten, an denen sie, dank den Amerikanern und ihren Verbündeten, allerdings trotzdem angekommen seien.

Papst will neues Dogma verkünden. Papst Pius XII. beabsichtigt, am 1. November, dem Fest Allerheiligen, im St. Petersdom das Dogma von der leiblichen Himmelfahrt Mariens zu verkünden.

Pilot will zurück

dpa. Augsburg, 14. August

Der Pilot des tschechoslowakischen Flugzeuges, der am Sonnabend von seinen Passagieren zur Landung in Bayern gezwungen wurde, will in die Tschechoslowakei zurückfliegen. Die Amerikaner werden das Flugzeug voraussichtlich freigeben.

MP verhaftet Ueberfallkommando

hae Nürnberg, 14. August

In Nürnberg kam es zu Auseinandersetzungen zwischen der deutschen Polizei und dem Besitzer eines amerikanischen Jeeps. Im Verlauf der Debatte wurde das deutsche Ueberfallkommando gerufen, gleichzeitig erschien die amerikanische Militärpolizei. Infolge widersprechender Zeugnisaussagen machte die Militärpolizei kurzen Prozeß und verhaftete das ganze Ueberfallkommando.

Jules Moch soll Frankreichs Industrie schützen

Kriegsproduktion im Schatten roter Sabotage

rs. Paris, 14. August

In weiten Kreisen Frankreichs fragt man sich, ob die von Verteidigungsminister Jules Moch vorgesehenen Sicherheitsmaßnahmen gegen die „fünfte Kolonne“ ausreichen und ob nicht die Zerschlagung des Moskauer Propagandaapparates die Aufgabe wesentlich erleichtern würde. Wenn man dem entgegenhält, daß es in Frankreich fünf Millionen kommunistische Wähler gibt und einige hunderttausend eingeschriebene Mitglieder der Partei — die man doch nicht alle verhaften könne —, so wird demgegenüber darauf hingewiesen, daß die Gefahr nicht von den kommunistischen Wählern droht, sondern von dem Organisationsapparat, der sie in Bewegung setzt.

Jules Moch hat schon als Innenminister bewiesen, daß er zuschlagen kann, und daß er weiß, daß es mit dem Kommunismus weder einen Ausgleich noch eine zeitweilige Verständigung gibt. Zweifelloso wird die Industrie, die sich jetzt auf Produktion von Kriegsmaterial umstellen muß, die Aufstellung einer motorisierten, modern ausgerüsteten Gendarmerie begrüßen. Werden aber diese Maßnahmen ausreichen, wenn die Kommunisten die Arbeiter der großen Werke mobilisieren? Was wird zum Beispiel geschehen, wenn Renault einen Teil seiner Fabrikation auf Panzermotoren umstellt? Nicht umsonst hat der kommunistische Gewerkschaftssekretär Frachon erklärt, daß seine Partei mit allen Mitteln die Wiederbewaffnung Frankreichs verhindern werde.

Verlagerung nach Nordafrika

In Paris verhandeln gegenwärtig die Generalgouverneure Frankreichs in Algerien, Tunesien und Marokko mit dem Ministerpräsidenten Plevin, der zu diesen Gesprächen auch den Verteidigungsminister und die Minister für die Justiz und Inneres zugezogen hat. Auf der Tagesordnung dieser wichtigen Gespräche stehen, wie verlautet, in erster Linie die Verlagerung von rüstungswichtigen Industrieunternehmen und Werkstätten nach Französisch-Nordafrika, sowie die Ausarbeitung von Verteidigungsplänen für den Fall einer kriegerischen Auseinandersetzung in Europa. Während des vorigen Krieges hatte Frankreich zu spät daran gedacht, lebenswichtige Industrieanlagen in einem Gebiet zu verlagern, das dem Zugriff des Feindes entzogen ist. So hat die Koreakrise und die Kriegsgefahr in Europa in besonderem Maße dazu beigetragen, derartige Vorbereitungen zu beschleunigen.

Frankreichs KP warnt vor Provokationen

dpa. Paris, 14. August

Die kommunistische Partei Frankreichs warnt in einem Aufruf vor Provokationen, die die Regierung angeblich vorbereiten soll, um einen Anlaß zu einem umfassenden und energischen Vorgehen gegen die Kommunisten zu schaffen. „Wir wissen aus sicherer Quelle“, heißt es in dem Aufruf, „daß die Organisatoren der Provokation, die sich am Reichstagsbrand ein Beispiel genommen haben, gefälschte Dokumente vorbereiten.“

Kommunisten schließen Abkommen

dmt. Berlin, 14. August

Zwischen der Industriegewerkschaft Bergbau im kommunistischen FDGB der Sowjetzone und der kommunistischen französischen Arbeitergewerkschaft wurde in Leipzig ein Abkommen unterzeichnet mit der Verpflichtung, in allen Bergbaubetrieben „Friedenskomitees“ zu bilden und die „Schuman-Adenauer-Politik“ zu bekämpfen.

In Buchenwald schlossen der kommunistisch gelenkte VVN und die gleichfalls kommunistisch geleitete französische „Vereinigung deportierter interner Widerstandskämpfer und Patrioten“ ebenfalls ein Abkommen über „den gemeinsamen Kampf gegen den Schumanplan und gegen Krieg und Faschismus“. Der Präsident der französischen Vereinigung erklärte in Berlin, Frankreichs Wunsch nach Sicherheit werde erst dann befriedigt sein, wenn die Grenzen der Sowjetzonenrepublik am Rhein verlaufen.

Neue Taktik der indischen Kommunisten

rs. Kalkutta, 14. August

Einer Erklärung des stellvertretenden Ministerpräsidenten Patel, die indische Regierung würde jeden kommunistischen Aufstand niederschlagen, wird in Indien große Bedeutung beigemessen. Wenn sich auch die Taktik der Kommunisten nach außen geändert habe, erklärte Patel, so sei doch ihr strategischer Plan derselbe geblieben. Patel berief sich dabei auf ein Rundschreiben der kommunistischen Partei an ihre Mitglieder, in dem die Bildung von Partisanengruppen auf dem Lande und die Aufstellung einer „Befreiungsarmee“ als wesentliche Aufgaben hingestellt werden.

Im letzten Monat war der Generalsekretär der kommunistischen Partei, Ranadive, der für die direkte Aktion, Bombenanschläge und Attentate, eingetreten war, abgesetzt worden. Das neue kommunistische Programm sieht neben der Revolutionierung der Industriearbeiterschaft insbesondere die Erfassung der Landbevölkerung durch die Propagierung der Agrarreform vor.

Versorgungsgesetz-Entwurf abgelehnt

dmt. Nürnberg, 14. August

Der Sozialausschuß des Bundes deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener erklärte zu dem Regierungsentwurf eines Versorgungsgesetzes, daß der Anspruch auf einen angemessenen Arbeitsplatz im Gesetz verankert sein müsse. Auch sei notwendig, die Grundrente zu erhöhen. Die Ausgleichsrente, die von der Bedürftigkeit abhängig gemacht werden soll, wird abgelehnt. Die Gesamtsumme von drei Milliarden Mark sei nicht ausreichend, um die Notlage der Kriegsoffer zu beheben.

Fliegergeheimdichte thrien „Mühlenlepp“ nieder

dmt. München, 13. August

Bei einer Versammlung der Bombengeschädigten kam es am Sonntag in München zu erheblichen Tumulten, als einer der Diskussionsredner sich über die Zurücksetzung der Bombengeschädigten gegenüber den Heimatvertriebenen beklagte. Als in der Versammlung der bayrische stellvertretende Ministerpräsident Dr. Josef Müller — der „Ochsenlepp“ — vor einer „Politik der Instinkte“ warnte, wurde er von den etwa 700 Anwesenden niedergeschrien. Müller sagte, es sei unser Fluch, daß heute jeder glaube, der Staat sei eine melkende Kuh.

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme beim Hinscheiden unseres lieben Entschlafenen sagen wir allen herzlichen Dank.

Else Schriever
und Kinder

Schwenke, im August 1950

Suche zum 1. 9. 50 junges, sauberes, zuverlässiges Mädchen für Geschäftshaushalt.
Frau Walter Loewen, Halver.

Spielkarten
Wilh. Bell jr., Halver.

Ab heute neue Preise!

Heißwelle DM 6.--
Kaltwelle DM 12.--
Mildwelle DM 9.50

Sie werden von einer
I. Fachkraft,
perfekt in Lockwell
und Kurzhaarschnitt
bedient.

Salon Hedderich, Halver,
Frankfurter Straße 3
Telefon 365.

ANZEIGEN

in der Heimatzeitung
Allgemeiner Anzeiger
Nachrichten für das Märkische Sauerland
haben stets besten Erfolg

Unsere Anzeigenannahmestellen:

Halver, Geschäftsstelle Kirchstraße 5
Schalksmühle, Hermann Piepenstock, Bahnhofstraße
Oberbrügge, Robert Wasserfuhr, Heerstr.
Kierspe, Fritz Karge, Fr.-Ebert-Straße 359
Rönsahl, Karl Aschenberg, Am Markt